

23.03.2012

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 23.03.2012  
Ltg.-**1167/A-1/87-2012**  
R- u. V-Ausschuss

## ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dr. Michalitsch, Mag. Hackl, Hauer,  
Ing. Rennhofer, Schuster, Balber, Moser und Ing. Haller

### betreffend **Rasche Umsetzung von Maßnahmen für einen sicheren Grenzschutz an der griechischen Außengrenze im Schengensystem**

In den letzten Wochen und Monaten ist in Österreich wieder ein starker Anstieg der Asylantragszahlen und der Aufgriffe von illegalen Migranten festzustellen. Dabei ist zu beobachten, dass es sich vorwiegend um Staatsbürger aus Afghanistan, Pakistan, Indien, Somalia, Iran und dem Irak handelt, die im Wege der illegalen Schlepperei über die Route Türkei – Griechenland – Balkan - Ungarn und von dort nach Österreich verbracht werden. Es ist evident, dass diese problematische illegale Einreise in den EU- Raum über die EU- Außengrenze Griechenlands verläuft.

Was die Situation in Österreich betrifft ist bekannt, dass in Niederösterreich mit der Erstaufnahmestelle in Traiskirchen im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional viele Asylwerber aufgenommen und versorgt werden. Die vermehrten Asylfälle und verstärkte illegale Migration über die beschriebene Route nach Österreich haben deshalb auch zu einer sichtlich vergrößerten Belagszahl in Traiskirchen geführt.

Zur Vermeidung einer weiteren Verschärfung der derzeitigen Situation in Europa im allgemeinen und in Niederösterreich im besonderen besteht also dringender Handlungsbedarf, was die Schengen- Außengrenze in Griechenland betrifft. Die Herstellung einer funktionierenden, schengenkonformen Außengrenzsicherung in Griechenland ist dringend geboten. Dies ist auch im Kontext der europäischen Solidarität zu sehen, da es nicht angehen kann, dass einige Staaten ihren europäischen und internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich nachkommen

und andere wie etwa Griechenland nicht. Langfristig gefährdet die mangelnde Grenzsicherung an den Schengen- Außengrenzen auch fundamentale europäische Werte wie Reisefreiheit und Sicherheit in Europa. Österreich leistet beispielsweise im Rahmen der FRONTEX Einsätze seinen Solidarbeitrag bei der Sicherung der Außengrenzen.

In Griechenland müssen also rasch und effektiv Maßnahmen gesetzt werden, die eine langfristige und nachhaltige Sicherung der Schengen- Außengrenze sowie ein funktionierendes Asylsystem gewährleisten. Trotz Unterstützung von anderen EU-Mitgliedsstaaten, unter anderem Österreichs, im Rahmen von EASO ist es Griechenland nämlich noch nicht gelungen seine Asylbehörden auf den notwendigen Standard zu bringen.

Deswegen haben auch die für diesen Bereich verantwortlichen Minister aus den am intensivsten von dieser Problematik betroffenen Staaten, nämlich Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Großbritannien auf Initiative von Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner am 7. März 2012 ein Forderungspaket erarbeitet, das am folgenden Tag in der Ratssitzung behandelt wurde. Dieses enthält 32 konkrete Forderungen, die in sechs Maßnahmenbereiche zusammengefasst wurden.

Unter anderem soll die rasche Inbetriebnahme der griechischen Asylbehörde erfolgen oder eine EU-Schutzklausel geschaffen werden, die auch die Einführung von gemeinsamen Grenzkontrollen gegenüber einem Land wie Griechenland ermöglichen muss. Eine verbesserte Zusammenarbeit in der Grenzsicherung an der griechisch-türkischen Grenze sowie die Unterzeichnung und Umsetzung eines Rückübernahmeabkommens der EU mit der Türkei sind weitere Forderungen.

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat sich bereits für den Beitrag dieser sieben EU-Länder bedankt und wird diese in die derzeit in Erarbeitung befindliche EU-Roadmap gegen die illegale Migration aufnehmen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese im Sinne der Antragsbegründung

- im Rat der Europäischen Union weiterhin auf die rasche Umsetzung von konkreten Maßnahmen zu einer effektiven Sicherung der Schengen-Außengrenze drängt,
  - o wie die Inbetriebnahme einer funktionierenden griechischen Asylbehörde,
  - o die Schaffung einer EU-Schutzklausel zur Verhinderung eines weiteren Falles wie Griechenland,
  - o eine verbesserte Zusammenarbeit in der Grenzsicherung an der griechisch-türkischen Grenze.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem RECHTS-UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 12. April 2012 möglich ist.